



Protokoll

Kantonaler Parteitag vom 30. August 2012 in der Zweienhalle in Deitingen, Beginn 19.30 – 21.05 Uhr

Stimmberechtigte im Saal:	77, gemäss Mandatskontrolle (siehe Anhang)	
Absolutes Mehr:	39	
Gäste:	21	
Entschuldigt:		
Einzelpersonen:	keine	
Geschäftsleitung:	Daniela Gerspacher, Irene Meier-Reber, Max Schmid	
Kantonsratsfraktion:	Simon Bürki, Heinz Glauser	
Präsident Fachausschuss:	Beat Stöckli	
Rechnungsprüfungskommission:	Fatma Tekol, Simon Bürki, Hans Ruedi Ingold	
StimmzählerInnen:	Jürg Ottiger, Matzendorf	Tisch 1
	Karl Tanner, Trimbach	Tisch 2
	Lisbeth Hartmann, Gempfen	Tisch 3
	Silvia Fröhlicher, Bellach	Tisch 4

Geschäftsliste

- 1. Eröffnung des ordentlichen Parteitages**
- 2. Bestellung der Stimmzähler**
- 3. Genehmigung der Geschäftsliste**
- 4. Genehmigung Parteitag-Protokoll vom 3. Mai 2012**
- 5. Kantonale Abstimmung vom 23. September**
*„Änderung der Kantonsverfassung: Ergänzung der Unvereinbarkeiten“
Information, Antrag der Geschäftsleitung, Diskussion und Parolenfassung*
- 6. Regierungsratswahlen 2013 - Anzahl SP-Kandidaturen**
Information, Antrag der Geschäftsleitung, Diskussion und Beschluss
- 7. Wahlplattform für die Kantons- und Regierungsratswahlen 2013**
Information, Antrag der Geschäftsleitung, Diskussion und Beschluss
- 8. Resolutionen der Parteileitung (siehe Linksausgabe 129/Aug.)**
 - 1. Hände weg von unserer Prämienverbilligung*
 - 2. Abbau bei der Bildung? Ohne uns!*
 - 3. Steuern senken für wenige? Nein danke!**Information, Antrag der Geschäftsleitung, Diskussion und Beschluss*
- 9. Varia**

1. Eröffnung des ordentlichen Parteitages

Franziska Roth: Lieber Landammann Peter Gomm, Ständerat Roberto Zanetti, Nationalrätin Bea Heim, Nationalrat Philipp Hadorn, liebe Kandidierende, Delegierten der Sektionen, Kantonsratsfraktion, Geschäftsleitung, Vertreterinnen und Vertreter der Medien, liebe Gäste und liebe Genossinnen und Genossen. Ganz herzlich möchte ich auch Susanne Schaffner-Hess begrüßen und ihr zur Wahl durch den Kantonsrat als 1. Vizepräsidentin des Kantonsrats gratulieren. Ich heisse Euch zum Parteitag vom 30. August 2012 in Deitingen herzlich Willkommen.

Nun übergebe ich das Wort an die Sektionspräsidentin von Deitingen, Caroline Beiner.

Caroline Beiner: Liebe SP-Gäste. Im Namen der SP Deitingen heisse ich euch hier in der Zweienhalle in Deitingen zum Parteitag herzlich willkommen. Wir haben heute noch viel Arbeit vor uns, die Geschäftsleiste ist lang und die Themen werden uns nicht ausgehen. Der Parteitag ist da, für Informationen zu erhalten, zu diskutieren und Beschlüsse zu fassen, also ein wichtiger Ort für die Parteilarbeit. Deitingen muss ich Euch nicht vorstellen. Ob mit oder ohne Bericht über das Dorfzentrum ist unsere Gemeinde immer mal wieder in der Zeitung. Ich freue mich, dass Deitingen mit 2000 Einwohnern und ihren 20 Parteimitgliedern euch Weltklasse-Politiker und Politikerinnen heute nach unseren Möglichkeiten bewirten zu dürfen. Es soll euch bei uns wohl sein. Geniesst den Abend, fühlt euch wohl und vielen Dank für euer Kommen. (Applaus)

Franziska Roth: Liebe Genossinnen und Genossen. Kurz nachdem ihr mich zur Präsidentin der SP gewählt habt, sitze ich mit drei 2. Klässlern in Herbetswil am Tisch und arbeite am Multiplizieren. Ich nenne ihnen jeweils eine Zahl und sie müssen dann eine Divisions- oder Multiplikationsrechnung dazu sagen. 29 gab ich in die Runde und merkte kurz darauf, dass dies gar nicht geht: „Mist, die geht ja gar nicht Kinder, das ist ja eine Primzahl“. Da meint Maik: „Auso Frou Roth, ä söttige Fähler sött de anere Präsidentin nid passiere!“ Euch liebe Genossinnen und Genossen könnte ich jetzt mit den Worten von Ildiko von Kürthy, der deutschen Journalistin entgegen: „Frauen geben bereitwilliger ihre Fehler zu, darum sieht es so aus, als würden sie mehr davon machen.“ Und schon hätte ich eine Entschuldigung für weitere Fauxpas in meinem Amt! Liebe Genossinnen und Genossen, ich behaupte, wer Farbe bekennt, wer sich einer Partei zugehörig zählt, so wie ihr hier und ich, auf den sind unweigerlich mehr Augen und schärfere Blicke gerichtet. Doch das ist gut so, denn so können wir unseren roten Faden spinnen, nur so können wir zeigen, dass wir Politik machen. Politik ist kein notwendiges Übel, sondern nötig! Politik ist eine Angelegenheit des ganzen Volkes und bedingt den Austausch Gewählter mit Mitmenschen aller politischen Farben. Ein Freund fragte mich letzten Freitag beim Essen im Vini: „He Rosso, was macht eigentlich die SP, seid ihr von allen guten Geistern verlassen? Zuerst fasst ihr aktiv die JA Parole zur Freiheit beraubenden Vorlage Schutz vor Passivrauchen und dann schaut ihr passiv den aktiven Genossen aus dem Nachbarland zu wie sie versuchen den Schutz der Steuersünder zu verhindern!“ Nun denn, ich bestellte noch eine Glas Rossolu-

na und gebe meine Meinung preis: 1. Während wir hier sitzen, stehen SP und SPD Seite an Seite in der Arena und kämpfen gegen die Schlupflöcher, durch die kriminelle Reiche ins Bankengeheimnis flüchten. Und in einem Interview mit dem Sonntag kritisiert Levrat, aus denselben Gründen wie die SPD, das Steuerabkommen. Jede von der SP gemachte noch so leise Kritik am Bankgeheimnis wird Landesverrat taxiert und somit wird erneut mit der Angst unserer Mitmenschen gespielt. Ich gestehe offen, dass ich Freude daran hatte, mit welcher Selbstverständlichkeit bürgerliche Kantonsräte aufgrund einer Nachfrage der SZ bereit sind, ihre Finanzen offen zu legen. Und Einer aus den Reihen von FDP will sogar einen Vorstoss einreichen, der quasi den automatischen finanziellen Datenaustausch der Kantonsräte mit der Öffentlichkeit verlangt. Warum nur sperren sie sich denn so, wenn es um genau solche Fragen der Schweiz mit den umliegenden Ländern geht? Aber jetzt ist Schluss, jetzt lassen wir uns nicht mehr von den Bankmanagern an der Nase herumführen. Das wird die SP Schweiz ändern, indem sie aufzeigt, dass wieder genau diese Leute am Werk sind, welche von Beginn weg die sich anbahnenden Probleme für den Schweizer Finanzplatz und die Schweizer Volkswirtschaft ignorierten und blind waren für sämtliche Warnzeichen. Nun zum zweiten Vorwurf: „Hanspeter, Ich gebe offen zu, ich stimme NEIN zum Rauchverbot!“ Mein Gegenüber meinte erstaunt: „Was DU?, wo täglich mit dem Velo ins Thal fährst, seit Geburt Nichtraucherin bist und die Raucher deiner Familie bei minus 20 Grad auf den Balkon verbannst zum Rauchen?“ Ja, liebe Genossinnen und Genossen, ich stimme NEIN! Ich mag das Spiel mit der Angst einfach nicht. Erneut wird mit der Angst von uns gespielt. Mit der Angst vor Krankheit und Tod. Paracelus sagte es uns schon vor Jahrhunderten: Die Menge macht das Gift! Ich mag so scharfe Gesetze, die Richtung Prohibition gehen nicht! Ich gehe von einem Menschenbild aus, das jedem und jeder Eigenverantwortung zugesteht! Ob ein Lastwagenfahrer in seiner Führerkabine oder die Person, die in einem Einzelbüro arbeitet rauchen darf oder nicht, das soll er oder sie selber entscheiden können, genauso wie die rauchenden Angestellten einer Detailhandelsfirma bestimmt haben, dass sie kein Fumoir wollen, sondern selbstverständlich rausgehen für ihre Rauchpausen. Der gesunde Menschenverstand, gepaart mit Anstand und Respekt ist das beste Rauchergesetz und das kann man ohne Paragraphen im Dialog mit dem Gegenüber einführen. „Rede mitenang!“ Nun, liebe Genossinnen und Genossen, vielleicht denkt ihr jetzt wie mein Zweitklässler Maik: Ou Rosso, solche Sätze als Präsidentin öffentlich sagen ist ein Fehler und sollte dir nicht passieren. Hier kommt mir das Zitat von Otto von Bismarck sehr gelegen, wenn er sagt: „Verfallen wir nicht in den Fehler, bei jedem Andersmeinenden entweder an seinem Verstand oder an seinem guten Willen zu zweifeln.“ Ich finde, meine Aufgabe ist es, Euch zum Mitreden aufzufordern, Euch dazu einzuladen, Position zu beziehen und zu politisieren. Ich will nicht, dass es so zu und her geht, wie in dem Londoner Pub, wo einige ältere Herren schweigend um einen Tisch sassen. Der erste seufzte. Der zweite tat einen noch tieferen Seufzer. Der dritte stöhnte laut auf. Da sagte der vierte: "Könntet Ihr mal aufhören zu politisieren?!" Wir haben einiges zu tun und können uns ein blosses Klönen und Seufzen über unsere Schweizerpolitik nicht leisten, sondern müssen hier im Kanton, wo wir etwas bewegen können, ansetzen. Wir werden heute über wichtige Inhalte unserer Sozialdemokratischen Arbeit reden müssen! Der Regierungsrat will am

Kantonaler Parteitag, 30. August 2012 in Deitingen

falschen Ort sparen! Die Debatte im Kantonsrat rund um die Sparvorschläge wird kein Sonntagsspaziergang sondern eine Hochgebirgstour! Doch nichts ist erbärmlicher als Resignation die zu früh kommt! Winkt der Kantonsrat gar Massnahmen in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Soziales durch oder setzt der Regierungsrat sie gar in Eigenregie um, so müssen wir die Notbremse ziehen und den Kurs des Sparzuges mit Referenden rigoros stoppen und im Gegenzug dafür Ideen auf den Tisch legen, die der Allgemeinheit dienlich sind, statt sie auszunützen. Dazu brauchen wir eure Zustimmung! Wer nachhaltig sparen will, muss kreativ sein, muss neue Lösungen suchen und finden und nicht immer dieselben Fehler wiederholen.

Wenn ich den Massnahmenplan betrachte muss ich sagen! Mir stinkt's!! Willkürliches konzeptloses Sparen auf Kosten der Kinder, Familien und sozial schlechter gestellten. Nicht mit uns! So kann man doch nicht haushalten.

Es muss endlich eine Gesamtschau gemacht werden, eine neue Struktur muss her und nicht nur Pflästerli. JA, man kann sparen! Die SP ist für diese Konzeptarbeit gut vorbereitet. Zum einen wollen wir anhand von Resolutionen von euch die Erlaubnis beim Regierungsrat den Schuh in die Tür zu halten. Der will nämlich aufgrund von unsozialen Sparmassnahmen Familie und sozial Schwächere den Zugang zu einer chancengerechten Bildung, zu fairen Krankenkassenprämien versperren. Zum anderen macht die GL euch mit der Wahlplattform einen Vorschlag wie wir langfristig und nachhaltig politisieren und so für einen starken, gerechten und solidarischen Kanton Solothurn entstehen wollen. Unsere Politik soll den Menschen die Gewissheit geben, dass eine gute Zukunft für alle möglich ist und nicht nur für ein paar Privilegierte. Ich lade Euch nun herzlich ein, engagiert und sozial heute Abend zu debattieren. Denn die GL und die Fraktion der SP Kanton Solothurn sind im besten Fall bloss die sichtbare Spitze; die wahre grosse Kraft unserer Sozialpolitik liegt, wie beim Eisberg zu 7/8 unter dem Meeresspiegel, bei Euch, bei einer mitdenkenden und mitpolitizierenden Basis. Ich freue mich auf die Geschäfte.

Der Parteitag vom 30. August 2012 ist eröffnet. (Applaus)

2. Wahlen StimmzählerInnen

Franziska Roth: die Geschäftsliste für den Parteitag wurde rechtzeitig verschickt und zugestellt. Sie schlägt den anwesenden Stimmberechtigten folgende Delegierte als StimmzählerInnen vor:

StimmzählerInnen:	Jürg Ottiger, Matzendorf	Tisch 1
	Karl Tanner, Trimbach	Tisch 2
	Lisbeth Hartmann, Gempen	Tisch 3
	Silvia Fröhlicher, Bellach	Tisch 4

Keine Diskussion:

77 Stimmberechtigte und zahlreiche Gäste sind am Parteitag anwesend.

Beschluss:

Die StimmzählerInnen werden diskussionslos und einstimmig gewählt.

3. Genehmigung der Geschäftsliste

Keine Diskussion:

Beschluss:

Die Geschäftsliste wird diskussionslos und einstimmig genehmigt.

4. Genehmigung des Parteitag-Protokolls vom 3. Mai 2012 in Grenchen

Keine Diskussion:

Beschluss:

Das Protokoll vom 3. Mai 2012 in Grenchen wird einstimmig genehmigt.

5. Kantonale Abstimmung vom 23. September - Parole

- „Änderung der Kantonsverfassung: Ergänzung der Unvereinbarkeiten“
- Information durch Markus Schneider
- Antrag der Geschäftsleitung: JA-Parole
- Diskussion
- Parolenfassung

Franziska Roth: ich freue mich Markus Schneider begrüßen zu dürfen. Markus wird euch die kantonale Vorlage wie immer kompetent vorstellen.

Markus Schneider: Genossinnen und Genossen, bei dieser Vorlage geht es um Ergänzungen bei Unvereinbarkeitsbestimmungen. Damit das Staatswesen funktionieren kann, braucht es diese Bestimmungen. Es geht um die Verbesserung der Gewaltentrennung zwischen dem Kantonsrat und den höchsten Gerichten. Die Gewaltenteilung hat zwei Aspekte, einerseits wollen wir die verschiedenen Funktionen des Staats, das heisst die Rechtsetzung, den Rechtsvollzug und die Rechtsprechung durch unterschiedliche Behörden ausgeübt werden. Andererseits hat aber die Gewaltentrennung noch einen weiteren Aspekt, nämlich dass die Gewalten auch personell getrennt sein müssen. Dies bedeutet, dass eine Person nicht gleichzeitig Mitglied des Parlaments und eines Gerichts sein kann. Bei dieser Vorlage geht es um diesen Aspekt. Bis jetzt war es so, dass vollamtliche Richterinnen und Richter beim Obergericht, Amts-

Kantonaler Parteitag, 30. August 2012 in Deitingen

richterinnen und Richter, Steuerrichterinnen und Richter, Jugendrichterinnen und Richter, Gerichtsschreiber, Administrativmitarbeiterinnen und Mitarbeiter usw. nicht Mitglied des Parlaments sein durften. Hingegen durften nebenamtliche Richterinnen und Richter zB. vom Steuergereicht, Jugendgericht oder Ersatzrichterinnen/Richter des Obergerichts bis jetzt auch die kantonale parlamentarische Funktion übernehmen. Das heisst sie durften sich in die Legislative wählen lassen. In Bezug auf das Steuer- und Obergericht hat dies einen grossen Schönheitsfehler. Es geht bei diesen um höchste kantonale Gerichte und diese unterstehen der direkten Aufsicht des Kantonsrats. So ist es vorgekommen, dass nebenamtliche Richterinnen oder Richter sich selbst als Kantonsrat/Kantonsrätin beaufsichtigt und kontrolliert haben. Die nun vorliegende Verfassungsänderung will dies ändern. Ausschlaggebend war ein konkreter Anlass. Ein Mitglied des Steuergerichts ist gleichzeitig Kantonsrat wie auch Mitglied der Justizkommission, darüber hinaus wollte er noch dessen Präsident werden. Solche Ämterkumulationen sind bestimmt nicht miteinander vereinbar und gehören abgeschafft. Nachdem ich dies festgestellt habe, reichte ich 2009 als Kantonsrat einen entsprechenden Vorstoss ein. 2012 liegt nun diese Verfassungsänderung vor und gelangt zu Abstimmung. Eine Verfassungsänderung braucht es, weil es für die Betroffenen einen Eingriff in die politischen Rechte bedeutet. Der Kantonsrat hat diese Bestimmung ohne Gegenstimme gutgeheissen. Ebenfalls hat meines Wissens die SP-Geschäftsleitung der Vorlage einstimmig zugestimmt. (Applaus)

Diskussion: keine Wortmeldungen

Beschluss:

Die Delegierten stimmen dem Antrag der GL **JA-Parole zur kantonalen Vorlage „Änderung der Kantonsverfassung: Ergänzung der Unvereinbarkeiten“** einstimmig zu

Franziska Roth: bittet Markus Schneider nochmals nach vorne.

Markus, wir haben es in der Zeitung gelesen, du hast deinen sofortigen Rücktritt als Kantonsrat eingereicht. Wir kennen dich gut, du bist immer konsequent, ein geradliniger Politiker und ein Ausnahmetalent. Richtig verabschiedet wirst du beim Jahresschlusssessen anfangs Januar, so wie dies Tradition hat bei zurücktretenden Mitgliedern des Parlaments. Du bist für mich ein politisches Wunderkind und du hast das Gespür für Gerechtigkeit, Solidarität und Freiheit. Immer wenn du als Kantonsrat in einer Debatte einen Paragraf eines Gesetzes, die Verordnung XY oder Verfassung zitiert hast, meist noch auswendig, so hatte dies immer Hand und Fuss. Wenn es einer geschafft hat, vorgefasste Meinungen im Kantonsrat nochmals vom Gegenteil zu überzeugen, dann Markus. Für uns bleibst du, trotz Rücktritt als Kantonsrat, ein echter SP-ler. Dies möchte ich hervorheben, du hast uns vergewissert, dass du immer noch für die SP da bist, ich freue mich sehr dass wir uns immer noch auf dich verlassen können. Gegenüber der Politik warst du konsequent und hast medial gesagt, dass man so nicht mehr Kantonsrat sein könne. Aber heute hast du einmal mehr bewiesen, dass du genial bist und wir dir unendlich dankbar sind. Wir danke dir dafür und möchten dir gerne ein kleines Präsent übergeben. Lieber Markus, egal was passieren wird, wir sind für dich da. (Applaus)

Markus Schneider: Nebst Unvereinbarkeiten in der Politik, gibt es auch solche in privater Hinsicht. Aus meiner Sicht geht es nicht ein hohes politisches Amt inne zu haben, wie das vorgesehene Kantonsratspräsidium 2013, und privat nicht alles in Ordnung halten zu können. In eine solche Situation bin ich geraten und ziehe mit meinem Rücktritt als Kantonsrat die Konsequenzen. Mein Antrieb in der Politik war immer die Glaubwürdigkeit wahren zu können. Glaubwürdigkeit beinhaltet das Wort Würde. Mit diesem Rucksack wäre ich ein würdeloser Kantonsratspräsident geworden, das wollte ich für unseren Kanton nicht, nicht für unsere Institutionen, auch nicht für die Partei und die Fraktion, sowie auch nicht für mich. Ich danke allen für die guten Rückmeldungen, die Unterstützungen per Mails, SMS und Telefonate. Das hat mich sehr aufgestellt und es geht mir wieder immer besser, vielen Dank. (Applaus)

6. Regierungsratswahlen 2013 – Anzahl SP-Kandidaturen

- Information
- Antrag der Geschäftsleitung
- Diskussion
- Beschluss

Franziska Roth: Die Geschäftsleitung hat sich intensiv mit der Frage auseinandergesetzt, mit wie vielen Kandidierenden die Partei an den Regierungsratswahlen teilnehmen soll. Im Oktober wollen wir für die Regierung nominieren, also dann gibt es Namen. Die GL machte sich darüber Gedanken was passieren würde, wenn die Delegierten am gleichen Abend beschliessen, man solle mit nur einem Kandidat ins Rennen steigen, oder gar mit drei. Deshalb gelangen wir heute mit dieser Frage an euch. Mit diesem Vorgehen kennen die Sektionen, die Amteien und potenzielle Kandidierende die Ausgangslage. Aber, und das ist für uns sehr wichtig, wir wollen dazu eure Meinungen hören und einen Beschluss. Die Haltung der GL ist die folgende, die SP will einen zweiten Regierungssitz und beantragt euch deshalb eine Zweierkandidatur. Für die GL bedeutet dies auch Basisdemokratie, indem man früh genug über solche Fragestellungen diskutiert.

Diskussion: keine Wortmeldungen

Beschluss:

Die Delegierten stimmen dem Antrag der GL „**die SP nimmt an den Regierungsratswahlen 2013 mit zwei Kandidierenden teil**“, einstimmig zu

7. Wahlplattform für die Kantons- und Regierungsratswahlen 2013

- Information
- Antrag der Geschäftsleitung

- Diskussion
- Beschluss

Franziska Roth: Ich finde uns Solothurnerinnen und Solothurner widerstrebt ein Leben das von Angst, Ausgrenzung und Egoismus geprägt ist. Wir wollen Perspektive und Hoffnung ausstrahlen. Wie können wir das erreichen? Mit guten Themen. Mit der nun vorliegenden Wahlplattform sorgen wir dafür, dass die Leute da draussen wissen, was die SP unter Gerechtigkeit, Solidarität und Freiheit versteht. Dass dies für die SP nicht nur Wörter sind, sondern diese Lebensgefühle bedeutet, Inhalte und Handlungen. In intensiven Vorbereitungen, mit ganz vielen Personen haben die Fachausschüsse den Auftrag erhalten für die Wahlplattform zu Themen wie soziale Sicherheit, Gesundheit, Bildung, Finanzen, Wirtschaft, Umwelt, Verkehr, Raumplanung, öffentliche Sicherheit und Migration Forderungen auszuarbeiten. Auf den folgenden Folien könnt ihr sehen wie dies in einer Kurzform aussehen könnte und ich Euch heute präsentieren möchte:

Soziale Sicherheit und Gesundheit

Die SP will ...

...Ergänzungsleistungen für Familien mit tiefen Einkommen.

- ✚ alle Familien mit tiefen Einkommen mit Ergänzungsleistungen unterstützen, damit kein Kind in finanziell ungesicherten Verhältnissen aufwachsen muss. Die SP verlangt deshalb, dass auch einkommensschwache Familien mit minderjährigen Kindern über 6 Jahren Familien EL beziehen können.

...ein selbstbestimmtes Leben für ältere Menschen.

- ✚ Strukturen schaffen, damit ältere Menschen ein selbstbestimmtes Leben führen können, damit sie aktiv an der Gestaltung des Zusammenlebens teilnehmen und möglichst lange in ihrer vertrauten Umgebung leben können.

...eine öffentliche Krankenkasse mit bezahlbaren Prämien.

- ✚ eine öffentliche Krankenkasse für alle und tiefere Prämien für mittlere und tiefe Einkommen – deshalb: Hände weg von der Prämienverbilligung durch den Kanton! Die SP wehrt sich mit aller Kraft gegen die Sparmassnahmen im Bereich der Prämienverbilligung.

...eine gute Gesundheitsversorgung für alle

- ✚ Hausärztinnen und Hausärzte für alle für eine gute Gesundheitsversorgung der Bevölkerung – in allen Regionen des Kantons.

Bildung

Die SP will...

...die Volksschule stärken und eine gute Grundbildung für alle.

...gleiche Chancen für alle Auszubildenden.

- ✚ Alle sollen gemäss ihren Fähigkeiten entsprechend gefördert und gefordert werden können.

...die betriebliche Berufslehre fördern.

- ✚ Ist verantwortlich für die tiefe Jugendarbeitslosigkeit und in der Schweiz ein Standortvorteil.

Finanzen und Wirtschaft

Die SP will...

...gerechte Steuern für den Mittelstand.

- ✚ Mittelstandsfreundliche und gerechte Steuertarife. Der Staatshaushalt hat sich über Steuern und nicht über Gebühren zu finanzieren.

...keine Steuergeschenke für die Reichen.

- ✚ einseitige Steuergeschenke für die Reichen schaden dem Kanton, sind ungerecht und führen zu Leistungsabbau. Zudem unterstützen wir den Volksauftrag der Juso für die Abschaffung der Pauschalbesteuerung. Reiche Ausländer haben ihre Steuern nach der kantonalen Gesetzgebung zu begleichen und benötigen keine Extrawurst.

...die konsequente Umsetzung der Steuergesetzgebung.

- ✚ Die Steuergesetzgebung ist dafür erlassen worden, dass Steuerdelikte wie Hinterziehung oder Betrug bekämpft werden können. Es lohnt sich dafür mehr Steuerkommissäre einzusetzen

...mehr Schutz vor Lohndumping und Schwarzarbeit.

- ✚ Damit die Arbeitnehmenden vor Lohndumping, Schwarzarbeit und weiteren Missbräuchen geschützt werden, braucht es rigorose Kontrollen, gerechte Arbeitsbedingungen und Löhne von denen man leben kann. Kanton und Gemeinden haben bei öffentlichen Beschaffungen eine Vorbildfunktion und schliessen Bewerber aus, die sich nicht an diese Grundsätze halten

...die Arbeitsplätze in der Industrie sichern

- ✚ unsere wichtigen Industriezweige müssen erhalten bleiben - dazu braucht es endlich eine kantonale Industriepolitik. Industriebranchen müssen neu genutzt werden – dazu braucht es eine verbindliche überregionale Planung.

Öffentliche Sicherheit

Die SP will ...

...mehr Sicherheit im öffentlichen Raum.

- ✚ Den öffentlichen Raum beleben, freundlicher und dadurch sicherer gestalten.

...genügend Ressourcen für die Polizei.

- ✚ der Polizei genügend Ressourcen zur Verfügung stellen, damit sie gemäss ihrem Auftrag für Sicherheit, Recht und Ordnung sorgen kann.

Migration und Integration

Die SP will...

...die Integration der Migrantinnen und Migranten fördern und fordern.

- ✚ Zusammenarbeit zwischen allen ist eine Voraussetzung für ein gutes Gelingen des Nebeneinanders und Miteinanders. Dies führt immer zu einem Mehrwert. Dabei soll nicht nur gefördert, sondern ebenso auch gefordert werden.

...die Stärken der Migration für die Wirtschaft und Gesellschaft nutzen.

- ✚ Diese tragen ihren Teil für eine gut funktionierende Wirtschaft und Gesellschaft bei Überall sind sie mitverantwortlich für die positive Entwicklung, auch im Kanton Solothurn.

...die Mitwirkung der Migrantinnen und Migranten stärken.

- ✚ Niedergelassene Bewohnerinnen und Bewohner soll die Mitwirkung und das Teilhaben an politisch und gesellschaftlich Entscheidungen erleichtert werden, denn sie sind Teil unserer Gesellschaft und tragen zum Wohlstand entscheidend bei.

Energie und Umwelt

Die SP will ...

...erneuerbare Energien fördern und die Atomkraftwerke abstellen.

- ✚ Die erneuerbare Energie aus Wasser, Holz, Wind und Sonne fördern sowie innovative Technologien, insbesondere in Bezug auf die Energieeffizienz investieren, damit die AKW's so rasch wie möglich vom Netz genommen werden können.

...den öffentlichen Verkehr ausbauen.

- ✚ Der öffentliche Verkehr wurde im Kanton Solothurn kontinuierlich ausgebaut und den Bedürfnissen angepasst. Dies ist eine Daueraufgabe und muss intensiviert werden. Durch gezielte Massnahmen können damit die Strassen entlastet, die Umwelt geschont und ein Verkehrskollaps abgewendet werden.

...den Boden schützen und die Zersiedelung stoppen.

- ✚ Der Boden ist ein kostbares Gut und muss durch eine nachhaltige Raumplanung geschützt werden. Es gibt davon immer weniger und die Auswirkungen sind gravierend. Neueinzonungen von Landwirtschaftsland müssen vermieden und Industriebrachen sollen nachhaltig und mit grosser Wertschöpfung belebt werden.

Nun besteht die Gelegenheit Ergänzungen oder Änderungen anzubringen. Es geht jetzt nicht darum sprachlich einzugreifen, denn das Papier wird von einem Korrektor überarbeitet, sondern nur inhaltlich.

Soziale Sicherheit und Gesundheit:

Diskussion:

Evelyn Gmurczyk: Zu den Ergänzungsleistungen: Peter Gomm, das sind schon diese gemeint für tiefe Einkommen bis 6-Jährige?

Peter Gomm: Ja, die SP-Forderung betrifft diese Regelung.

Rolf Vogt: die Forderung: „ein selbstbestimmtes Leben für ältere Menschen“ sollte mit „...und Menschen mit einer Behinderung“ ergänzt werden.

Antrag Vogt: angenommen

Anna Rüefli: in den Fachausschüssen mussten wir unsere Forderungen auf das Minimum reduzieren. In der erweiterten Fassung möchte ich, dass auch die Forderung nach familienergänzender Betreuung erwähnt wird.

Antrag Rüefli: angenommen

Bildung:

Diskussion: keine Wortbegehren

Finanzen und Wirtschaft:

Diskussion:

Rudolf Hartmann: wir möchten nicht nur gerechte Steuern für den Mittelstand, sondern für alle. Vielleicht könnte man diese Forderung noch etwas präzisieren.

Markus Baumann: man sollte im Text das Wort Mittelstand durch gerechte Steuern für alle ersetzen.

Antrag Baumann: angenommen

Öffentliche Sicherheit:

Diskussion: keine Wortbegehren

Migration und Integration:

Diskussion:

Evelyn Gmurczyk: geht es dabei nur um die Migration und Integration oder auch um Ausländerfragen ganz allgemein, also auch jenen die durch die Masche fallen?

Franziska Roth: das ist so. Alle Menschen die durch die Masche fallen, werden bei der Sozialen Sicherheit aufgenommen. Hier geht es wirklich um die Menschen die vom Ausland in die Schweiz kommen.

Energie und Umwelt:

Diskussion:

Urs Huber: die Forderung sollte abgeschwächt werden, abstellen tönt so als ob dies eine Leichtigkeit sei, dabei ist dies bei Weitem nicht so. Bei diesem Thema ist es wichtig dass man realistisch bleibt. Man könnte schreiben: erneuerbare Energien fördern und den Ausstieg aus der Atomkraft vollziehen.

Evelyn Borer: der Antrag Huber ist abstrakt, so wie es jetzt gefordert wird ist alles klar.

Hardy Jäggi: den definitiven Text wird Nik mit einem Texter überarbeiten und den Input von Huber mitberücksichtigen. Wir wollen ja alles dasselbe und sind uns inhaltlich einig.

Kantonaler Parteitag, 30. August 2012 in Deitingen

Susanne Schaffner: der Texter darf sich ja nicht um Inhalte kümmern, diese machen wir, er muss die richtige Sprache finden. So wie es jetzt geschrieben ist, trifft dies für mich auch nicht ganz zu, insbesondere für den Kanton Solothurn nicht. Wir haben das Kraftwerk Gösigen und da gibt es halt schon noch regionale Befindlichkeiten bezüglich wie und wann.

Antonia Kofmehl: der Anfang des Textes ist gut, man könnte ihn so beenden dass man fordert ...erneuerbare Energien fördern dass der Atomausstieg möglich wird.

Markus Schneider: wir müssen als Ergänzung auch noch sagen wie wir Energie sparen wollen, wir können nicht nur AKW's abstellen und dann keine Lösungen haben.

Bea Heim: sparen tönt nicht gut, wir müssen mehr Effizienz fordern.

Philipp Hadorn: wir haben uns damit im Fachausschuss intensiv auseinandergesetzt und waren der Meinung wenn wir aus der Atomenergie aussteigen wollen, dann sollen wir als logische Konsequenz auch das Abstellen fordern.

Rudolf Hartmann: es gibt Menschen die hoffen auf eine neue Generation Atomkraftwerke. Wir wollen das nicht und möchten davon wegkommen, also müssen wir dies auch fordern.

Walter Schürch: wir sollten die Forderung so ergänzen dass wir auf AKW's verzichten. In dieser Formulierung ist alles enthalten.

Hans Curti: sprachlich ist das einfach, der Ausstieg ist der längerfristige Prozess und das Abstellen ist der Schluss dieses Prozesses, also eine einmalige Handlung. Also muss man sich überlegen ob man diesen Prozess beschreiben will oder das einmalige Abstellen.

Rudolf Hartmann: wenn wir einen Satz mehr schreiben haben alles drin, also die Effizienz und den Ausstieg.

Antonia Kofmehl: ich schlage vor, dass man dies folgendermassen formuliert: erneuerbare Energien und die Energieeffizienz fördern, damit ein Atomausstieg möglich wird.

Marianne Wüthrich: Wir müssen auf solche Nebensätze verzichten, das verkompliziert alles und wirkt unverständlich.

Susanne Schaffner: jetzt gibt es zwei Anträge von Huber und Kofmehl, die muss man gegenüberstellen und darüber abstimmen.

Antrag Huber – Kofmehl: Antrag Huber obsiegt
--

Markus Schneider: ich stelle einen Antrag dass man zwei Sätze macht, den einen mit der Forderung nach Effizienz und den anderen mit der Forderung von Huber den Ausstieg zu vollziehen.

Antrag Schneider: angenommen

Peter Schafer: beim Punkt zum öffentlichen Verkehr müssen wir noch zusätzlich fordern: ...und Güter auf die Schiene

Antrag Schafer: angenommen

Keine weiteren Wortbegehren zu Wahlplattform.

Franziska Roth: alle Ergänzungen sind aufgenommen und werden in der Endfassung wie heute beschlossen berücksichtigt.

Beschluss:

Die Delegierten stimmen der **Wahlplattform 2013** mit den von den von ihnen beschlossenen Ergänzungen einstimmig zu

Die Wahlplattform ist mit den beschlossenen Änderungen als Anhang dem Protokoll beigelegt.

8. Resolutionen der Parteileitung

- | | |
|--|-------------------|
| 1. Hände weg von unserer Prämienverbilligung | Bea Widmer Strähl |
| 2. Abbau bei der Bildung? Ohne uns! | Mathias Stricker |
| 3. Steuern senken für wenige? Nein danke! | Hardy Jäggi |
- Information
 - Antrag der Geschäftsleitung
 - Diskussion und Beschlüsse

1. Hände weg von unserer Prämienverbilligung

Franziska Roth: Wir konnten es in den Zeitungen lesen, ich habe es anfangs der Versammlung gesagt, im Kanton Solothurn soll massiv gespart werden. Bei der Bildung, im Sozialen und bei den Schwächsten. Aus unserer Sicht geht das nicht und wir möchten uns dagegen wehren. Ein Mittel dazu sind verabschiedete Resolutionen der Basis. Damit schaffen wir gegen aussen Klarheit und haben die Möglichkeit rasch zu reagieren wie zB. beim Ergreifen eines Referendums. Es kann sein dass dies rasch gehen muss. In der Regel entscheidet aber der Parteitag über das Ergreifen eines Referendums. Also möchten wir uns schon jetzt die Legitimation dazu geben lassen und schlagen Euch drei Resolutionen vor.

Bea Widmer Strähl: Geschätzte Genossinnen und Genossen, geschätzte Gäste. Anfangs Mai stellte der Regierungsrat einen Katalog von Abbaumassnahmen in verschiedensten Bereichen vor – mich ärgern masslos die Massnahmen im Bildungsbereich und die Kürzung der Prämienverbilligung! *Hände weg von unserer Prämienverbilligung!* Jedes Jahr im März helfe ich Einwohnerinnen und Einwohnern in meinem Wohnort beim Ausfüllen der Steuererklärungen. Ich sehe viele Zahlen, ich sehe viele Menschen und Schicksale, die hinter den Zahlen stecken. Familien, Alleinstehende, Junge, Alte, Vermögende und Ausgesteuerte. Viele Leute leben von einem kleinen Einkommen und ich frage mich, wie sie mit einem so kleinen Einkommen leben können. Neben den Einkommen sehe ich dann auch, wieviel die Leute an die Krankenkassenprämien zahlen müssen. Für eine vierköpfige Familie mit 2 Teeanagern kosten die Prämien rund 600 – 900 Fr./Monat. Die Prämienverbilligungen sorgen für eine Entlastung von kleinen und mittleren Einkommen! Diese wirksame Hilfe, die oft auch helfen kann vor dem Gang zum Sozialamt, soll gekürzt werden – *Hände weg von unserer Prämienverbilligung!*

Kantonaler Parteitag, 30. August 2012 in Deitingen

Der Kanton Solothurn ist heute schon im Vergleich im den anderen Kantonen im hinteren Drittel bei der Prämienverbilligung! Die Regierung will bei der Prämienverbilligung zwischen 7 und 8 Mio. abbauen! Die Finanzkommission hat die Kürzung der Prämienverbilligung abgelehnt – ich bin gespannt, wie der Kantonsrat nächste Woche darüber entscheidet.

Hände weg von unserer Prämienverbilligung! Die SP engagiert sich für Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen und setzt sich dafür ein, dass die Prämienverbilligungen nicht gekürzt werden. Bitte stimmt dem Resolutionstext zu, damit die Kantonalpartei rasch eingreifen kann falls der Kantonsrat der Kürzung der Prämienverbilligung zustimmt. Danke für eure Aufmerksamkeit. (Applaus)

2. Abbau bei der Bildung? Ohne uns!

Mathias Stricker: Geschätzte Genossinnen und Genossen „Bildung macht, dass der Mensch nicht länger ist, als was er geboren war, sondern zu dem wird, was er kann.“ *Zitat: Moritz Leuenberger, Alt-Bundesrat*

Bildung trägt Früchte, so lautete ein Wahlslogan der SP Kanton SO im Rahmen der Kantonsratswahlen 2009. Schon immer hat sich die SP für eine starke Schule für alle eingesetzt. Eine Schule, welche unterschiedlichste Kinder zusammenführt, eine Schule, welche aufs eigenverantwortliche Leben vorbereitet, eine Schule, bei welcher Kopf, Herz und Hand zusammengehen, eine Schule, welche dafür einsteht, dass alle ihre Fähigkeiten entsprechende Berufsausbildung machen können. Und Schule hört nicht mit Ergreifen eines Berufes auf: Solide Weiterbildungsmöglichkeiten, Umschulungen oder Unterstützungsmöglichkeiten fördern uns in der beruflichen Entwicklung: Wir lernen das Leben lang!

Als ich kürzlich einen Französischkurs absolvieren musste, meinte meine 9-jährige Tochter: Du kannst ja schon Französisch! Warum musst du noch lernen? Ich: Ich will es noch besser lernen. Tochter: Müssen Erwachsene auch noch lernen? Ich: Ja, auch die Erwachsenen lernen jeden Tag etwas Neues. Tochter: Das ist aber praktisch, dann hört das Lernen ja gar nie auf! Genau!

Der Regierungsrat des Kantons Solothurn will bei der Bildung sparen, statt die Bildung zu stärken. Abbau bedeutet Qualitäts- und Leistungsabbau. Das ist sehr kurzfristig! Wir alle wissen, dass Bildung immer eine Investition in die Zukunft ist. Was der Kantonsrat anlässlich der Debatte zum Massnahmenplan 2013 am nächsten Dienstag im Bildungswesen beschliesst, ist noch völlig offen. Und der Spardruck auf die Bildung wird auch vor und nach den Wahlen bestehen bleiben. Darum will die Geschäftsleitung jetzt ein weiteres Zeichen setzen!

Vor euch liegt ein Resolutionstext unter dem Titel „Abbau bei der Bildung? Ohne uns!“ Wenn ihr Delegierten diesem Text zustimmt, beauftragt ihr die Geschäftsleitung alles zu unternehmen, dass eine Kürzung bei der Bildung an unseren Volksschulen, Mittelstufen, im Stipendienwesen und bei der Berufsbildung verhindert werden kann. Weiter soll die Kantonalpartei die Regierung

Kantonaler Parteitag, 30. August 2012 in Deitingen

anhaltenden Abbaumassnahmen, welche sie in eigener Kompetenz beschlossen hat, rückgängig zu machen.

Gute Bildung stärkt unser Land und unseren Wohlstand. Wir stehen ein für Chancengerechtigkeit. Gute Qualität der Schule bedeutet Bildungschancen für alle. Die Zukunftschancen unserer Jugend dürfen nicht am Geld scheitern. Wir wollen Bildung für alle nicht nur für wenige.

..... denn Bildung MUSS Früchte tragen können! in diesem Sinne empfehle ich euch herzlich diese Resolution zu unterstützen. (Applaus)

3. Steuern senken für wenige? Nein danke!

Franziska Roth: Bea Heim muss die Versammlung verlassen und bat mich beim Titel das „danke“ weg zu lassen.

Beschluss: Antrag Heim angenommen.

Hardy Jäggi: Wenn man Euch heute Abend beim Eingang nach eurer Lieblingsbeschäftigung gefragt hätte, hätte wohl niemand gesagt, dies sei Steuern zahlen. Trotzdem sind wir uns in der SP einig, dass es wichtig ist auf allen Ebenen genügend Einnahmen zu haben, damit die dafür notwendigen Leistungen erbracht werden können. Die SP will keinen Abbau, deshalb gelangen wir mit der 3. Resolution an euch. Es ist ein altes Märchen der Bürgerlichen, wenn man Steuern senke wird die Wirtschaft angekurbelt und dies generiere wieder mehr Einnahmen. Man konnte es diese Woche wieder in der Zeitung lesen, mit wie vielen tieferen Steuereinnahmen auch der Kanton Solothurn wieder rechnen müsse – dank den vielen Steuersenkungen für die Reichen in der Vergangenheit. Bei Steuersenkungen gibt es drei Szenarien: 1. Der Kanton erhöht Gebühren, 2. Es werden Leistungen gekürzt und 3. Der Kanton schiebt Leistungen auf die Gemeinden ab. Die Gemeinden verhalten sich genau gleich, bis auf den 3. Punkt, anstelle weiter abschieben müssen sie die Steuern erhöhen. Bei allen Szenarien gibt es schlussendlich nur ein Resultat, die kleinen und mittleren Einkommen werden bestraft, sie helfen mit die Lücken, die durch Steuersenkungen bei den Reichen entstanden sind, zu schliessen. Genau dies will die SP nicht, wir wehren uns gegen weitere Steuersenkungen und deshalb bitte ich euch der Resolution zuzustimmen. (Applaus)

Franziska Roth: Die Resolutionstexte waren im Links publiziert und liegen als Tischvorlage auf. Wer sich dazu äussern möchte, Anträge oder Ergänzungen einbringen will, das Wort ist jetzt frei.

Diskussion:

Lisbeth Hartmann: der Titel ist etwas verwirrend bei der Resolution 1. Prämienverbilligung. Vielleicht könnte man keine Kürzung bei der...verlangen.

Anna Rüefli: man sollte möglichst einen kurzen Titel haben, ich schlage vor: Kein Abbau bei der Prämienverbilligung.

Antrag Rüefli angenommen.

Beschluss: Die Delegierten der Sozialdemokratischen Partei des Kantons Solothurn stimmen allen drei Resolutionen mit den von den Delegierten beschlossenen Anpassungen einstimmig zu.

Franziska Roth: mit der Zustimmung zu den 3 Resolutionen habt ihr der Partei und Fraktion ein wichtiges Instrument gegeben, damit sie sich rasch und effizient gegen den drohenden massiven Leistungsabbau wehren können.

Den Referenten wird ein Präsent überreicht.

9. **Varia**

Franziska Roth: am 22. September ist nationaler Sammeltag für die Initiative „Erbchaftssteuer“. Wir brauchen noch viele Unterschriften. Aber auch für die kantonale Initiative für Transparenz bei der Parteienfinanzierung sammeln wir noch Unterschriften.

Herzlichen Dank der Sektion Deitingen für die tolle Bewirtung und den schönen Blumenschmuck. (Applaus)

Hardy Jäggi: ich möchte Fränzi zur Leitung ihres ersten Parteitages als Präsidentin gratulieren. (Applaus)

Keine weiteren Wortmeldungen.

Der Parteitag ist geschlossen, 21.05 Uhr

Für das Protokoll: Niklaus Wepfer, 24. September 2012